

# **Unterrichtung der Einwohner**

## **über die Sitzung des Ortsgemeinderates Longuich am 23.04.2026**

Unter dem Vorsitz von Ortsbürgermeister Kevin Lieser und in Anwesenheit von Schriftführer Leon Thomas findet am 23.04.2026 im Gasthaus Schlöder, Trierer Straße 10 in Longuich-Kirsch, eine Sitzung des Ortsgemeinderates Longuich statt.

In dieser Sitzung werden folgende Beschlüsse gefasst:

### **öffentlich**

#### **1. Mitteilungen**

- Spielplätze:  
Es wurden verschiedene Maßnahmen zum Erhalt und zur Verbesserung der Spielgeräte vorgenommen. Es werden Freiwillige gesucht, die in Zukunft bei der Instandhaltung der Spielgeräte behilflich sind.
- Bücherschrank:  
Das Fundament für den in der letzten Ortsgemeinderatssitzung beschlossenen neuen Bücherschrank wurde durch die Gemeindearbeiter fertiggestellt. Die Lieferung des Bücherschranks wird für Anfang Mai erwartet.
- Stelen Friedhof:  
Das Planaufmaß für die neuen Stelen am Friedhof wurde gefasst, die Firma Bauer wird die Stelen vermutlich in den Monaten Juni-Juli aufstellen.
- AED-Gerät Mehrzweckhalle:  
Ein zweites AED-Gerät wurde an der Mehrzweckhalle angebracht, eine entsprechende Schulung folgt demnächst.
- Graffiti Weinbergsmauer:  
Aufgrund der Anmerkungen in der letzten Ratssitzung wurde Kontakt mit der Stadt Schweich aufgenommen. Eine Entfernung des störenden Graffiti blieb bisher erfolglos.
- Termine:
  - o 30.04.2026 „Fest rund um den Maibaum“ der Freiwilligen Feuerwehr Longuich
  - o 01.05.2026 „Fest auf dem Sauerbrunnen“ der Jungwinzer Longuich
  - o 08.05.2026 Krönung der Weinhoheiten der Verbandsgemeinde Schweich (Prinzessin Anna Maria Zimmermann, Longuich)
  - o 25.05.2026 Hoffest des Weingutes Thul-Hoff mit Vorstellung der neuen Weinhoheiten
  - o 28.05.2026 nächste Sitzung des Ortsgemeinderates
  - o 05.06. - 07.06.2026 Fahrt in die Partnergemeinde Cerisiers

#### **2. Vorstellung Baumaßnahmen LBM 2026/2027**

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Vorsitzende Frau Scheibe und Herrn Kuhn vom Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz. Herr Kuhn geht im Weiteren auf die in Zukunft geplanten Baumaßnahmen in und um die Ortsgemeinde Longuich ein und steht für Fragen zur Verfügung.

## **2.1. Brückenreparatur Longuicher Brücke**

Die Reparatur der Moselbrücke Longuich aufgrund der Kollision eines Frachtschiffes wird in der Schifffahrtspause der Mosel vom 08.06.2026 bis zum 17.06.2026 vorgenommen. Die Arbeiten werden durch ein Traggerüst oder ein Brückenuntersichtgerät an der Unterseite der Brücke durchgeführt. Die Schifffahrt wird hierdurch nicht eingeschränkt. Die angedachte Verfahrensweise wird seit Jahren bei der Instandsetzung von Anprallschäden durch den LBM genutzt.

CDU-Fraktionssprecher Markus Thul fragt nach, ob eine Sperrung der Brücke notwendig sei und wie der aktuelle Zustand der Brücke zu bewerten ist. Dem entgegnet Herr Kuhn, dass die Arbeiten an der Unterseite der Brücke durchgeführt werden und eine Sperrung somit nicht erforderlich wird. Der Zustand der Brücke wäre befriedigend und wird von Seiten des LBM als unkritisch gesehen.

## **2.2. Brückenneubau Schweicher Brücke**

Am 02.09.2024 wurde der Planfeststellungsbeschluss für den Ersatzneubau der Moselbrücke Schweich gefasst. Nach der mündlichen Verhandlung am Obergericht Koblenz am 01.10.2025 hat der Planfeststellungsbeschluss am 28.11.2025 Bestandskraft erlangt und die Detailplanungen und vorbereitenden Untersuchungen können nun abgeschlossen werden. Für das Jahr 2026 ist angedacht, die Ausschreibungsunterlagen zu erstellen. Das Vergabeverfahren, welches europaweit stattfindet, ist für das Jahr 2027 geplant. Der Baubeginn mit Vorarbeiten, Verlegung der Zufahrt des Moselvorlandes Schweich und der Herstellung der Montagefläche sowie des Wendeplatzes des Sägewerks Wick soll im Herbst 2027 starten.

Die Vormontage der neuen Moselbrücke inklusive der Herstellung der Pfeiler bzw. Widerlager soll im Jahre 2028 erfolgen. Im Jahr 2029 ist dann die Herstellung der Vorlandbrücke geplant. Ab Oktober 2029 soll dann die Sperrung der alten Moselbrücke und der Abbruch erfolgen. Anschließend ist dann die Herstellung der Kreisverkehre in Longuich und Schweich geplant. Die damit einhergehende Vollsperrung der Longuicher Brücke ist für eine Dauer von einem Jahr geplant und soll verhindern, dass Straßenverkehr durch die Baustelle gelangt. Die Verkehrsfreigabe soll abschließend Ende 2030 erfolgen. Die geplante Fertigstellung dann zum 1. Quartal 2031.

Ratsmitglied Kathrin Schlöder merkt an, dass die aktuelle Regelung hinsichtlich der Vorfahrt auf der Longuicher Brücke bereits gut funktioniere und spricht sich gegen ein Einbahnstraßensystem auf zwei Straßen durch das Dorf aus. Herr Kuhn entgegnet, dass der heutige Termin auch dafür gedacht war, die geplanten Verkehrsregelungen vorzustellen und die Ratsmitglieder zu sensibilisieren, ihre Ortskenntnis mit in die Planung einfließen zu lassen. Das Ziel sei, einen konstruktiven Dialog zwischen der Ortsgemeinde und dem LBM zu schaffen.

SPD-Fraktionssprecher Gerd Krewer fragt an, ob der Bau der beiden Kreisel nicht parallel vollzogen werden kann, um von Synergieeffekten zu profitieren und die Zeit der Vollsperrung zu minimieren. Des Weiteren erkundigt sich Herr Krewer, ob es während der Sperrzeit der alten Schweicher Brücke zumindest temporär möglich ist, Fuß- und Radverkehr in einer Art „Bautunnel“ zuzulassen. Beides wurde von Herrn Kuhn verneint.

Beigeordneter Sascha Thielen äußert Bedenken hinsichtlich einer möglichen Umleitung über die K 80, da die K 80 für die Kinder des Neubaugebietes auf dem Weg zur Grundschule überquert werden muss. Herr Thielen bittet, dies bei den Planungen der Umleitungen zu berücksichtigen.

Im Ortsgemeinderat herrscht Einigkeit, dass zur nächsten Ortsgemeinderatssitzung am 28.05.2026 alle Ideen und Anmerkungen hinsichtlich der Umleitungsregelungen zusammengetragen werden sollen, um dann mit dem LBM eine für alle Seiten gute Lösung zu finden.

### **2.3. Baumaßnahme Trierer Straße, L145 incl. Bushaltestellen**

Herr Kuhn teilt mit, dass die Sanierung der L 145 der Ortsdurchfahrt Longuich-Kirsch für die Sommerferien 2026 geplant ist. Die Sanierung ist auf einer Länge von 0,72 km angedacht und es wird mit einer Bauzeit von 30 Tagen gerechnet. Der Ausbau soll in drei Bauabschnitten erfolgen, um eine weitestgehend dauerhafte Erreichbarkeit aller Anlieger zu gewährleisten. So soll der Ausbau in den Abschnitten Einfahrt „Birkenweg“ bis zur Einfahrt „Auf der Zehnt“, Einfahrt „Auf der Zehnt“ bis zum Kreisverkehr und Kreisverkehr bis zum Anschluss an die Weinstraße erfolgen. Um die Erreichbarkeit des Mitfahrerparkplatzes sicherzustellen und den Busverkehr aufrechtzuerhalten, wird während des zweiten und dritten Bauabschnitts die Zuwegung von der Einfahrt „In den Kreuzfeldern“ zum Industriegebiet „Im Paesch“ geöffnet. Die Bushaltestelle soll in diesem Zeitraum in den Wendebereich am Ende der Straße „Im Paesch“ verlegt werden, sodass die Haltestelle fußläufig vom Mitfahrerparkplatz erreichbar ist.

Im Rahmen der Straßensanierung wird ebenfalls die barrierefreie Bushaltestelle im Ortsteil Kirsch erstellt. Die bisherige Straßenüberquerung fällt dann weg.

Ratsmitglied Kathrin Schlöder merkt an, dass sich am Gehweg am Norma-Markt bei Regen das Wasser sammelt. Frau Schlöder fragt nach, ob bei der Sanierung der Straße eine Anhebung des Gehweges möglich sei, um in Zukunft zu verhindern, dass sich das Wasser weiterhin dort sammelt.

Ortsbürgermeister Kevin Lieser bekräftigt, dass die Sanierung der L 145 und die erstmalige Herstellung der barrierefreien Bushaltestelle zusammen in einer Maßnahme vollzogen werden. Des Weiteren merkt Herr Lieser an, dass in der Zeit der Baumaßnahme keine Umleitung durch den Ortsteil Kirsch geplant sei. Der genaue Starttermin werde bekanntgegeben, wenn die Submission erfolgt ist.

Für die SPD-Fraktion fragt Fraktionssprecher Gerd Krewer an, ob es möglich ist, in oder vor der Baumaßnahme noch Anschlüsse für Wasser und Kanal aus der „Trierer Straße“ hinauszulegen, um zu vermeiden, dass nach der Instandsetzung gleich wieder Eingriffe in den Straßenkörper erfolgen.

### **2.4. Machbarkeitsstudie Autobahnauffahrt / Situationsbericht**

Hinsichtlich der Verkehrssituation Auffahrt bzw. Abfahrt Autobahn A 602 und der Einfahrt in die Trierer Straße bzw. Weinstraße und Hetzerothsgarten gibt es seit Jahren unterschiedliche Ideen und Vorschläge des LBM und der Ortsgemeinde Longuich, die vorhandene verengte Verkehrssituation zu entzerren.

Um eine für alle Seiten befriedigende Lösung zu finden, wurde nun das Ingenieurbüro Kocks aus Bonn von Seiten des LBM beauftragt, eine Machbarkeitsstudie zu erstellen. Dem Büro wurde zunächst die vorhandene Straßenraumsituation dargelegt. An den in Rede stehenden Knotenpunkten treffen mehrere Straßen mit unterschiedlichen Verkehrsfunktionen zusammen. Des Weiteren wurden dem Büro unter anderem weitergehende Informationen wie eine Verkehrszählung und die Statistik der Unfälle der letzten 10 Jahre zur Verfügung gestellt.

Mitte/Ende Mai werden die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie erwartet. Es ist von Seiten des LBM angedacht, in einem gemeinsamen Termin der Ortsgemeinde, der Verbandsgemeindeverwaltung und des LBM die Ergebnisse zu präsentieren und eine mögliche Vorzugsvariante zu eruieren. Die Ratsmitglieder sind herzlich zu diesem Termin eingeladen.

Ortsbürgermeister Kevin Lieser merkt an, dass die Fahrbahnmarkierungen zum größten Teil durch LKWs abgefahren wurden und bittet, diese zu erneuern.

Ratsmitglied Kathrin Schlöder weist darauf hin, dass viele LKWs aufgrund veralteter Navigationssysteme versehentlich die Abfahrt Longuich anfahren und dann auf der Kreuzung drehen müssen. Sie schlägt vor, durch eine genauere Beschilderung die Situation hier zu entzerren.

Des Weiteren empfindet Frau Schlöder es als äußerst positiv, dass ein neutrales Büro mit der Machbarkeitsstudie beauftragt wurde. Sie fragt an, wie der genaue Zeitplan angesetzt sei. Dem erwidert Herr Kuhn, dass es das Ziel sei, die Maßnahme im Investitionsprogramm 2029 - 2032 aufzunehmen.

### **3. Planung Umbau Moselvorland**

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Vorsitzende Herrn Tapp vom Ingenieurbüro Jakobs + Fuchs und erteilt ihm das Wort.

Herr Tapp teilt mit, dass die ursprüngliche Planung leider nicht fertiggestellt werden konnte und die beantragte Förderung im kommenden Jahr abläuft. Herr Tapp merkt an, dass die vor einigen Jahren beantragte Förderung in Höhe von 70 % der Auftragssumme laut Rücksprache seitens der LAG Mosel und der ADD weiterhin Bestand habe.

Um den geplanten Umbau des Moselvorlandes nun doch noch bis zum kommenden Jahr verwirklichen zu können, wurde eine neue aktuelle Kostenschätzung in Auftrag gegeben. Die aktuelle Kostenschätzung mit der ursprünglichen Planung weist rund 100.000 € höhere Kosten im Vergleich zur bisherigen Planung und des Haushaltsansatzes auf. Die geplante Verschwenkung des Weges mit dem Austausch des vorhandenen Pflasters wurde als größter Kostenfaktor festgestellt.

Herr Tapp erklärt, dass nun aufgrund eines Vor-Ort-Termins überlegt wurde, wie die kalkulierten Kosten gesenkt werden können, um den Haushaltsansatz und die ursprünglich beantragte Fördersumme zu erreichen. Als neue Variante wurde sich darauf verständigt, die geplante Verschwenkung mit neuen Pflastersteinen nicht zu realisieren und den Höhenunterschied auf der ganzen Länge von rund 180 Metern anzugleichen, um die gewünschte Barrierefreiheit zu verwirklichen. Die neue Planung liegt bei aktuellen Kosten von rund 204.000 €. Hier besteht laut Herrn Tapp noch ein gewisser Puffer zum Haushaltsansatz, jedoch sei zu bedenken, dass bisher noch kein Bodengutachten angefertigt worden sei, welches bei Baumaßnahmen in diesem Gebiet immer ein Unsicherheitsfaktor für mögliche Mehrkosten für die Entsorgungen nach sich ziehen könnte.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Tapp für die Ausführung und teilt mit, dass die ursprüngliche Planung aufgrund der allgemeinen Preiserhöhung so nicht mehr im Rahmen des Haushaltsansatzes zu realisieren sei und sich Gedanken gemacht wurden, wie das Projekt trotz allem verwirklicht werden könnte.

Des Weiteren merkt Ortsbürgermeister Lieser an, nach Rücksprache mit der LAG Mosel und der ADD habe trotz Abweichungen zur ursprünglichen Planung die Förderung weiterhin Bestand und das Ziel der Barrierefreiheit könnte umgesetzt werden.

Ratsmitglied Kathrin Schlöder merkt an, dass der ursprüngliche Gedanke für eine Verschwenkung gewesen sei, die Geschwindigkeit der Radfahrer in diesem Bereich zu drosseln, um potentielle Unfälle zu minimieren. Frau Schlöder fragt an, ob eine kleinere Verschwen-

kung möglich sei, sodass die Kosten verringert würden und der ursprüngliche Gedanke verwirklicht werden könnte. Dem entgegnet Herr Tapp, dass alleine die in Rede stehende Verschwenkung Mehrkosten in Höhe von rund 100.000 € mit sich bringen würde. Der Vorsitzende Herr Lieser ergänzt dazu, dass die beantragte Förderung gedeckelt sei und kein Cent mehr gefördert würde, als beantragt wurde.

CDU-Fraktionssprecher Markus Thul fragt nach, ob es notwendig sei, über die ganze Länge des geplanten Bereichs den überflüssigen Boden abzutragen, um die geförderte Barrierefreiheit zu erzielen oder ob es auch andere Möglichkeiten gäbe, um hier Kosten einzusparen. Dem entgegnet Herr Tapp, dass es durchaus möglich sei, nur an den Ruhebänken den Boden abzutragen, jedoch die vorliegende Planung den Charme hätte, eine weitere Ausweichfläche für Fußgänger zu bieten.

Des Weiteren erklärt Herr Tapp, dass es das Ziel sei, so wenig Boden entsorgen zu müssen wie nur nötig. Hier sei aber das Bodengutachten abzuwarten.

CDU-Fraktionssprecher Markus Thul merkt des Weiteren an, dass die in der ursprünglichen Planung beinhalteten Sitzblöcke in der vorliegenden Planung nicht berücksichtigt wurden.

Ratsmitglied Georg Schmitt bekundet Zweifel an der grundsätzlichen Ausführung des Projekts. Aus seiner Sicht sind Kosten in Höhe von rund 200.000 € für den Umbau einer 180 Meter langen Radstrecke und 6 Ruhebänke so nicht zu akzeptieren.

Ortsbürgermeister Kevin Lieser merkt an, dass bis zum Jahre 2027 die Umgestaltung abgeschlossen sein muss, um die Fördergelder zu erhalten. Herr Lieser schlägt vor, eine grundsätzliche Entscheidung zu treffen, ob das Projekt „barrierefreies Moselvorland“ verwirklicht werden soll oder nicht.

Herr Markus Thul teilt mit, dass die CDU-Fraktion sich für die Realisierung des Projektes im ursprünglichen Kostenrahmen ausspricht und dieser zwingend einzuhalten sei. Des Weiteren führt Herr Thul aus, dass die Grundidee auch ohne die geplante Verschwenkung nicht ihren ursprünglichen Charakter verlieren würde. Dieser Teil des Radweges mit seinen vielen Sitzmöglichkeiten werde gerade am Wochenende stark frequentiert. Die CDU-Fraktion spricht sich dafür aus, die ursprünglich geplanten Sitzblöcke an der Mosel in die Planung wieder mit aufzunehmen. Zudem sollte eine Möglichkeit geschaffen werden, die Mosel und den gegenüberliegenden „Longuicher Herrenberg“ besser zur Geltung zu bringen.

SPD-Fraktionssprecher Gerd Krewer spricht sich ebenfalls dafür aus, dass der ursprünglich beschlossene Kostenrahmen eingehalten werden muss. Die SPD-Fraktion sieht die Herstellung der Barrierefreiheit gerade in der heutigen Zeit allerdings als ein Muss an und ist aus Sicht der SPD ein zwingendes Erfordernis. Herr Krewer befürwortet ebenfalls die Sitzblöcke und merkt an, dass bei den Erdarbeiten womöglich noch Einsparpotenzial vorhanden ist. Er bittet, dies bei der Planung zu berücksichtigen.

Ratsmitglied Kathrin Schlöder bekräftigte ebenfalls den Gedanken, die Gelegenheit zu nutzen, hier etwas Besonderes an der Moselseite anzulegen und die erforderliche Barrierefreiheit herzustellen.

Im Ortsgemeinderat herrscht Einigkeit, dass die vorliegende Planung aktualisiert werden soll. So ist die Planung ohne die Verschwenkung jedoch mit den Sitzblöcken im Moselvorland und einer Kostenstelle für das nötige Bodengutachten zu ergänzen. Die überarbeitete Planung soll in der nächsten Sitzung beschlossen werden.

**Beschluss:** Der Ortsgemeinderat beauftragt Herrn Tapp vom Ingenieurbüro Jakobs-Fuchs, die vorliegende Kostenplanung zu aktualisieren. Die neue Kostenplanung soll die ursprünglichen Sitzgelegenheiten an der Mosel, mögliche neue Optionen zur Um-

**gestaltung des Moselvorlandes sowie ein etwaiges Bodengutachten berücksichtigen. Die ursprünglich geplante Verschwenkung soll nicht mehr berücksichtigt werden.**

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig**

**Ja-Stimmen: 15 Enthaltungen: 1**

**4. Antrag FWG-Fraktion auf Verbesserung des Schallschutzes im Foyer der Mehrzweckhalle**

Zu diesem Tagesordnungspunkt erteilt der Vorsitzende dem FWG-Fraktionssprecher Herrn Paul-Heinz Zeltling das Wort. Herr Zeltling verliest folgenden Antrag der FWG-Fraktion, der allen Ratsmitgliedern vorliegt:

„Sehr geehrter Herr Ortsbürgermeister Lieser, sehr geehrte Ratsmitglieder,

das Foyer der Mehrzweckhalle wurde als multifunktionaler Raum konzipiert und wird regelmäßig genutzt – für Empfänge (z. B. im Rahmen der deutsch- französischen Freundschaft oder anderen besonderen Anlässen), für Veranstaltungen der Ortsvereine sowie als Mensa und als Raum für die Hausaufgabenbetreuung der Grundschule.

Bei allen Nutzungen zeigt sich ein gravierendes Problem: Schon bei geringer Auslastung ist der Geräuschpegel hoch und durch starken Nachhall geprägt. Dies beeinträchtigt sowohl Aufenthaltsqualität als auch Verständigung und gibt wiederholt Anlass zu Kritik.

Eine deutliche Verbesserung der Akustik würde die Atmosphäre erheblich optimieren und die Attraktivität der Räumlichkeiten steigern.

**Die FWG-Fraktion beantragt daher die zeitnahe Umsetzung geeigneter Schallschutzmaßnahmen**, die die Wirkung der vorhandenen Lochdecke unterstützen. Dies könnte z. B. durch Akustikpaneele an Wänden, durch Akustikbilder oder durch andere schallabsorbierende Elemente geschehen.

Vielen Dank.“

Ortsbürgermeister Kevin Lieser teilt mit, dass im Rahmen des Erweiterungsbaus der Grundschule Longuich bereits Kosten, zusätzlich zur förderfähigen Hauptnutzfläche des Neubaus, für die Umsetzung von Maßnahmen im Bestand wie z. B. Herstellung der Barrierefreiheit (u. a. Rampe am Hintereingang des Schulgebäudes zur Mehrzweckhalle -Mensa/Foyer-) und auch für Schallschutzmaßnahmen im Foyer der Mehrzweckhalle (da Nutzung: Mensa + Hausaufgabenbetreuung) berücksichtigt werden.

Diese Maßnahmen sind in der aktuellen Planung und der Kostenberechnung des Ingenieurbüros für den Antrag auf Schulbauförderung enthalten und mit der Bewilligungsbehörde als förderfähig abgestimmt.

Eine mögliche akustische Optimierung und deren geplante bauliche Umsetzung erfolgen in diesem Bereich nur nach vorheriger Abstimmung mit der Ortsgemeinde.

SPD-Fraktionssprecher Gerd Krewer teilt zum vorliegenden Antrag mit, dass die in Rede stehende Mensa so geplant wurde, wie sie jetzt ist. Eine Schallschutzdecke ist bereits vorhanden. Mögliche Schallschutzmaßnahmen wie Vorhänge oder Teppichböden sind aus seiner Sicht nicht vorstellbar. Schallabsorbierende Bilder hätten aus seiner Sicht nur über-

schaubare Wirkungseffekte. Es gäbe noch zusätzliche Maßnahmen an der Decke, die effizienter sind als die aktuelle Schallschutzdecke. Hierüber könne eventuell nachgedacht werden. Herr Krewer warnt davor, viel Geld für wenig bzw. geringe Effekte zu verschwenden.

CDU-Fraktionssprecher Markus Thul weist darauf hin, dass mögliche Maßnahmen zwingend mit der Ortsgemeinde abzustimmen sind. Herr Thul spricht sich dafür aus, den vorhandenen Charakter der Mensa beizubehalten und die Ergebnisse der Analyse abzuwarten.

Ratsmitglied Susanne Bläsius berichtet, dass auch schon kleine Maßnahmen für den Schallschutz subjektive Verbesserungen bewirken können.

Ratsmitglied Kathrin Schlöder weist auf die im Dorfgemeinschaftshaus getroffenen Maßnahmen hin, welche sehr positive Effekte gebracht haben. Frau Schlöder spricht sich ebenfalls dafür aus, die Analyse des Ingenieurbüros abzuwarten.

**Beschluss: Der Ortsgemeinderat beschließt, die Auswertung des Planungsbüros abzuwarten und in einer der nächsten Ortsgemeinderatssitzungen über die möglichen Optionen zu beraten.**

**Der bestehende Charakter (u.a. Glasfront) des Foyers soll durch die Schallschutzmaßnahmen nicht verändert werden.**

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig**

**Ja-Stimmen: 16**

## **5. Beratung Steuerhebesätze nach Genehmigungsverfügung Kreis**

Die Gemeinden bestimmen nach § 32 Abs. 2 Nr. 10 Gemeindeordnung (GemO), welche Steuerhebesätze für die Realsteuern (Grundsteuer A und B sowie Gewerbesteuer) erhoben werden.

Die Steuerhebesätze werden jährlich in der Haushaltssatzung festgesetzt. Im Rahmen der Genehmigungsverfügung (Schreiben vom 09.02.2026) der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 wurde von Seiten der Kommunalaufsicht von einer förmlichen Beanstandung abgesehen, jedoch auf die unausgeglichene Planung für das Jahr 2026 hingewiesen.

Laut Genehmigungsverfügung sei die Haushaltslage der Ortsgemeinde Longuich abgesehen vom Haushaltsjahr 2023 in den letzten Jahren überwiegend gut gewesen. Jedoch wurde nun das zweite Jahr in Folge ein unausgeglichener Haushaltsplan vorgelegt. Die Unausgeglichenheit ist auf geringere Gewerbesteuererinnahmen sowie fehlende Einnahmen durch Grundstücksverkäufe des Neubaugebietes zurückzuführen.

Die Kommunalaufsicht merkt hinsichtlich des unausgeglichene Haushaltsplanes 2026 an, dass die Ortsgemeinde Longuich die einzige Ortsgemeinde im Landkreis ist, die die Steuerhebesätze der Realsteuern nicht auf dem Niveau der Nivellierungssätze nach dem Landesfinanzausgleichsgesetz beschlossen hat.

Es wird von Seiten der Kommunalaufsicht auf die Nachteile der nicht beschlossenen Nivellierungssätze hingewiesen.

So wird bei gleichbleibenden Steuerhebesätzen auf zukünftige Förderanträge keine positive Stellungnahme von Seiten der Kreisverwaltung ausgesprochen werden, da aufgrund der niedrigeren Steuerhebesätze gegenüber den Nivellierungssätzen die Einnahmemöglichkeit

ten der Ortsgemeinde nicht ausgeschöpft werden und dies gegenüber anderen Ortsgemeinden nicht zu rechtfertigen wäre.

Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass der LBM die Steuerhebesätze auf dem Niveau der Nivellierungssätze als zwingende Voraussetzung ansieht, um mögliche Förderungen aussprechen zu können.

Da bei der Berechnung der Umlagegrundlage für die Verbandsgemeinde- und Kreisumlage auf die Nivellierungssätze abgestellt wird, wird die Ortsgemeinde so gestellt, als ob sie höhere Hebesätze hätte. Somit ergibt sich bei der Berechnung der Umlagen eine finanzielle Mehrbelastung der Gemeinde.

Da die Hebesätze der Realsteuern der Ortsgemeinde Longuich derzeit unter den im Landesfinanzausgleichsgesetz festgesetzten Nivellierungssätzen liegen und der Haushaltsplan 2026 unausgeglichen vorgelegt wurde, wird im Rahmen der Genehmigungsverfügung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 darum gebeten, sich nochmals mit der Thematik der Steuerhebesätze, unter Berücksichtigung möglicher Nachteile, auseinanderzusetzen.

Ortsbürgermeister Kevin Lieser fasst den Inhalt des allen Ratsmitgliedern vorliegenden Schreibens der Kommunalaufsicht zusammen und bittet um Stellungnahme der Fraktionen.

CDU-Fraktionssprecher Markus Thul teilt mit, dass eine Anpassung der Steuerhebesätze im laufenden Jahr für die CDU-Fraktion nicht in Frage kommt. Herr Thul merkt an, dass die Drohungen von Seiten der Kommunalaufsicht immer härter werden, jedoch aktuell für die Ortsgemeinde Longuich keine größere Relevanz nach sich ziehen. So seien aktuell keine Förderanträge geplant und bereits beantragte Förderungen wie die Umgestaltung des Moselvorlandes und die Errichtung barrierefreier Bushaltestellen bereits genehmigt. CDU-Fraktionssprecher Markus Thul weist des Weiteren darauf hin, dass sich in Kürze die neue Landesregierung konstituieren wird und Änderungen bei der kommunalen Finanzierung wie z. B. der Umlagen, der Nivellierungssätze oder wiederkehrenden Ausbaubeiträge möglich sind.

FWG-Fraktionssprecher Paul-Heinz Zeltinger empfindet das Schreiben der Kommunalaufsicht bezüglich der Nivellierungssätze als Erpressung. Er teilt mit, dass der Ortsgemeinderat seit dem Jahr 2023 bisher immer einstimmig gegen eine Erhöhung der Steuerhebesätze für die Realsteuern gestimmt hatte. Aus Sicht der FWG-Fraktion ist eine rückwirkende Erhöhung der Hebesätze nicht zumutbar und aufgrund der liquiden Mittel auch nicht vermittelbar für die Bürger. Herr Zeltinger weist darauf hin, dass aktuell keine förderfähigen Projekte geplant seien und plädiert für die Beibehaltung der aktuellen Hebesätze. Im Übrigen sei Longuich landesweit bei Weitem nicht die einzige Kommune mit einer Nichtanpassung der Hebesätze an das Niveau der Nivellierungssätze. FWG-Fraktionssprecher Paul-Heinz Zeltinger merkt an, dass zur Haushaltsplanung 2027 ohnehin wieder über die Höhe der Steuerhebesätze beraten werde.

SPD-Fraktionssprecher Gerd Krewer spricht sich dafür aus, die Steuerhebesätze bei der aktuellen Haushaltslage nicht zu erhöhen. Herr Krewer merkt an, dass die Festsetzung der Hebesätze von Ortsgemeinde zu Ortsgemeinde getrennt zu betrachten sei und die Ortsgemeinde Longuich nicht die Steuerhebesätze erhöhen müsste, weil andere Gemeinden dies getan haben. Auch dass die Ortsgemeinde Longuich die einzige Gemeinde mit solch niedrigen Steuerhebesätzen sei, reiche als Begründung für eine Steuererhöhung nicht aus. Aus Sicht von Herrn Krewer sei eine Erhöhung bei den aktuell vorhandenen liquiden Mitteln für die Bürger nicht zu vermitteln. Im Herbst, wenn die finanziellen Grundlagen zur Aufstellung des Haushaltes für das Jahr 2027 vorliegen, werde man die Sachlage bewerten und dementsprechend für das nächste Jahr entscheiden.

Im Ortsgemeinderat herrscht Einigkeit, die Steuerhebesätze aktuell nicht zu erhöhen. Sollte sich die Haushaltslage verschlechtern oder Fördermittel nötig werden, wäre nochmals über die Hebesätze zu beraten.

**Beschluss: Der Ortsgemeinderat nimmt das Schreiben der Kommunalaufsicht vom 09.02.2026 zur Kenntnis und beschließt, die bisherigen Steuerhebesätze beizubehalten. Die zukünftige Ausgestaltung der Hebesätze soll im Rahmen der Haushaltsplanung 2027 erneut beraten werden.**

**Abstimmungsergebnis:  
einstimmig  
Ja-Stimmen: 16**

## 6. Verschiedenes

- Ortsgemeinderatssitzung:  
Ortsbürgermeister Kevin Lieser fragt an, ob der Beginn der Gemeinderatssitzungen in den Sommermonaten um eine Stunde nach hinten verschoben werden sollte. Im Rat herrscht Einigkeit, dass an der bisherigen Uhrzeit (Beginn der Sitzungen um 19:00 Uhr) festgehalten werden soll.
- Wahlplakate:  
Ratsmitglied Kathrin Schlöder merkt an, dass in der Maximinstraße noch immer ein Wahlplakat nicht entfernt wurde.  
CDU-Fraktionssprecher Markus Thul spricht sich dafür aus, gegen die entsprechende Nichtentfernung der Wahlplakate rechtlich vorzugehen und gegebenenfalls die Festsetzung eines Ordnungsgeldes zu prüfen.  
SPD-Fraktionssprecher Gerd Krewer merkt an, dass es um insgesamt zwei Plakate von zwei verschiedenen Organisationen im Ortsgebiet gehe. Praktikabel ist, die Plakate zu entfernen und zu entsorgen. Alles andere steht nicht im Verhältnis.
- Ausbau Kratzenhof:  
Ratsmitglied Kathrin Schlöder fragt nach dem Sachstand zum Thema Ausbau des Kratzenhofs. Dem erwidert der Vorsitzende, dass bisher kein neuer Sachstand zu vermelden ist, da die weitere Planung wegen der Analyse der Nahwärme aufgeschoben wurde.
- Ausschuss für Weinwerbung, Tourismus und Wirtschaft:  
FWG-Fraktionssprecher Paul-Heinz Zeltinger teilt mit, dass die nächste Sitzung des Ausschusses für Weinwerbung, Tourismus und Wirtschaft am 27.05.2026 stattfindet. Hauptthema wird die Planung der diesjährigen Weinstraßenkirmes.
- Graffiti Weinbergsmauer:  
Ratsmitglied Susanne Bläsius fragt nochmals nach, hinsichtlich des Graffiti an der Weinbergsmauer und bittet darum, eine offizielle Anfrage an die Stadt Schweich zu stellen.
- Beleuchtung Unterführung zum Gewerbegebiet „Im Paesch“:  
SPD-Fraktionssprecher Gerd Krewer erkundigt sich nach dem Sachstand der vor einiger Zeit beschlossenen Beleuchtung für die Unterführung zum Gewerbegebiet. Herr Krewer merkt an, dass gerade bei der vorübergehenden Umlegung der Bushaltestelle während der Umbaumaßnahme der L 145 hier etwas geschehen müsse. Der Vorsitzende entgegnet, dass die Sache in Arbeit sei, jedoch eine Beleuchtung erst ab ei-

nem Abstand von mindestens 3 Metern zum nächsten Haus angebracht werden könnte.

- Abfluss Unterführung zum Gewerbegebiet „Im Paesch“:  
SPD-Fraktionssprecher Gerd Krewer teilt mit, dass sich bei Regen immer wieder Wasser hinter der Unterführung zum Gewerbegebiet sammle.
- Ladesäule Mitfahrerparkplatz:  
Ratsmitglied Kathrin Schlöder merkt an, dass die E-Ladesäule am Mitfahrerparkplatz nur eine Ladeleistung von 22 KW erreiche und fragt, ob es hier keine anderen Möglichkeiten für ein schnelleres Laden gebe. Der Vorsitzende verweist hier auf den Punkt Mitteilung im nichtöffentlichen Teil der Sitzung.
- Lärmschutz Autobahn:  
Ratsmitglied Sabine Longen fragt nach den bereits vor Jahren angekündigten Lärmschutzmaßnahmen der Autobahnbrücke.